

Atommüll-Drehscheibe in Braunschweig stoppen!

- Jetzt wird im Rathaus entschieden, ob in Braunschweig Atommüll künftig im großindustriellen Maßstab verarbeitet werden darf.
- Derzeit ist geplant mit dem neuen Bebauungsplan die neue Halle und damit die Erweiterung zu ermöglichen.
- Machen Sie mit! Zeigen Sie Flagge! Zeigen Sie dem Oberbürgermeister Markurth und den Ratsmitgliedern, dass Sie keinen Atommüll neben Schulen wollen!

Mittwoch 04.02.15:

ab 17:30 Uhr:

Fackelverkauf

Punkt 18 Uhr:

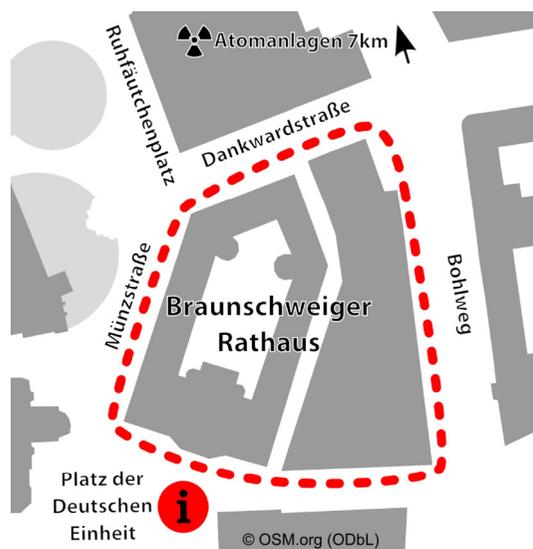
gemeinsames

Anzünden

anschließend:

Kundgebung

(auf dem Platz der Dt. Einheit)



aktuelle und weiterführende
Informationen:

www.BISS-Braunschweig.de

Bitte unterstützen Sie uns auch finanziell! (steuerbegünstigt) - Spendenkonto:

BISS - BürgerInitiative StrahlenSchutz - Braunschweig e.V.

Kontonummer: 200154102

IBAN: DE68 2505 0000 0200 1541 02

Bankleitzahl: 250 500 00

BIC: NOLADE2HXXX

NordLB

www.BISS-Braunschweig.de



V.i.s.d.P.: BISS Braunschweig e.V.

V1.0

Mi. 04.02.15
Punkt 18⁰⁰

Lichterkette
ums Rathaus

Atommüll-
Drehscheibe in
Braunschweig
stoppen!

Der Rat entscheidet jetzt.

Braunschweig wird Atommüll-Drehscheibe ? Letzte Chance zur Verhinderung !

Mit der jetzt anstehenden Entscheidung über den Bebauungsplan für das Braunschweiger Industriegebiet „Harxbütteler Straße/Gieselweg“ müssen die Stadtverwaltung und der Rat der Stadt die Weichen für die Zukunft Braunschweigs stellen. Nach dem momentanen Planungsstand ermöglicht die Verwaltung den Atomfirmen am Standort eine massive Erweiterung und damit den Ausbau Braunschweigs zur Atommüll-Drehscheibe.

In ganz Deutschland gibt es nur sechs Konditionierungsanlagen für Atommüll, eine davon befindet sich auf dem Gelände von Eckert & Ziegler in Braunschweig. Da eine der anderen Anlagen geschlossen werden soll und gleichzeitig der Rückbau der Atomkraftwerke begonnen hat, sollen die verbleibenden Anlagen auf Anweisung der Bundesregierung ihre Kapazitäten erhöhen. Die Braunschweiger Anlage liegt mitten in einem Wohngebiet, gegenüber von Schulen, Krippe und Jugendzentrum. Ein Standort, der schon jetzt untragbar ist. Eine Erweiterung ist in jeder Hinsicht inakzeptabel und führt zu einer Verschärfung des Konfliktes zwischen den kerntechnischen Einrichtungen und den AnwohnerInnen:

- Eckert & Ziegler können mit einer neuen Halle und ihren bereits vorhandenen Genehmigungen die zu verarbeitende Menge an Atommüll bis zu verhundertfachen.
- Die Anzahl der radioaktiven Transporte durch das Stadtgebiet wird sich massiv erhöhen. Die Strahlendosis für die Umgebung darf dabei so hoch sein wie bei Castor-Transporten, die Fahrzeuge rollen aber schon mal direkt neben Kindern durch die Stadt oder stoppen an Tankstellen.
- Das Störfallpotential erhöht sich, da die Mengen an radioaktiven Stoffen auf dem Gelände ansteigen werden. Die Risiken durch die Flughäfen in Waggum bzw. Hannover werden übrigens von keiner Stelle berücksichtigt.



- Das bisher illegal betriebene Zwischenlager wird durch den neuen Bebauungsplan legalisiert und in den Ausmaßen deutlich wachsen. Eckert & Ziegler verfügen über eine Lizenz zur Befüllung der sog. Konrad-Container, die dann auf dem Gelände dauergelagert werden, weil ein endgültiges Atommülllager überhaupt nicht in Sicht ist.

- Da für die ebenfalls dort ansässige Firma Buchler gerade ein 3-Schicht-Betrieb genehmigt wurde, ist zu erwarten, dass auch Eckert & Ziegler einen 24-Stunden-Betrieb beantragen wird und genehmigt bekommt.

Ein vom Rat der Stadt in Auftrag gegebenes Risikogutachten kommt zu dem Schluss, **„dass im normalen Betriebsablauf das radiologische Risiko eines Anwohners der Braunschweiger Betriebe als größer einzuschätzen ist als das radiologische Risiko eines Anwohners eines Kernkraftwerkes.“**

Mit dem „normalen Betrieb“ ist der momentane Betrieb ohne die zu erwartenden Erweiterungen gemeint. Trotzdem sieht die Verwaltung keine Notwendigkeit, den Schutz der Bevölkerung zu verbessern, im Gegenteil: Sie ermöglicht mit der aktuellen Planung die Erweiterung für die Nuklearfirmen! Die von Eckert & Ziegler benötigte Fläche für einen Hallenneubau bleibt Teil des Plangebietes.

Herr Markurth muss sich fragen lassen, ob er zu dem Oberbürgermeister werden will, der als Wegbereiter für die Atommüllverarbeitung im ganz großen Stil in die Geschichtsbücher der Stadt Braunschweig eingehen will.

Der zuständige Stadtbezirksrat hat diese Planung einstimmig kritisiert und konkrete Vorschläge zur Verbesserung gemacht. Der Rat der Stadt ist nun aufgefordert, den Stadtbezirksrat in seinen Forderungen zu unterstützen. **Wenn die Verwaltung den neuen Bebauungsplan-Entwurf nicht grundlegend ändert, müssen die Ratsmitglieder die Vorlage ablehnen oder sie bekennen sich offen dazu, dass sie Braunschweig zur Atommüll-Drehscheibe machen.** Jedes einzelne Mitglied des Stadtrats muss sich über die Tragweite ihrer bzw. seiner Entscheidung bewusst sein.

Die Fakten liegen auf dem Tisch! Niemand soll später sagen können, „das hätte er oder sie nicht gewusst“.

Lassen Sie uns gemeinsam die Atommüll-Drehscheibe verhindern!